

Niederschrift
über die Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Tönning
vom 24.09.2019, Nr. 4/2019

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22.28 Uhr

Die Mitglieder der Stadtvertretung sind mit schriftlicher Einladung vom 09.09.2019 unter Mitteilung der Tagesordnung zur heutigen öffentlichen Sitzung in den Sitzungssaal des Rathauses Tönning eingeladen worden.

Ort, Tag und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung sind bekannt gemacht worden. Der Landrat des Kreises Nordfriesland als Kommunalaufsicht ist über den Zeitpunkt der Sitzung sowie die Tagesordnung unterrichtet worden.

Zur heutigen Sitzung sind erschienen:

1. Herr Hans-Joachim Teegen,
2. Herr Friedrich Busch (bis TOP 21),
3. Frau Mery Ebsen (bis TOP 19),
4. Herr Andreas Gülck,
5. Herr Martin Hansen,
6. Herr Sascha Halupka,
7. Herr Helge Harder (bis TOP 19),
8. Herr Rickmer Jensen,
9. Herr Horst-Werner Knüppel,
10. Herr Maik Peters,
11. Herr Helge Prielipp,
12. Herr Jörg Rombach-Domeyer,
13. Herr Hans-Joachim Teegen,
14. Herr Peter Tetzlaff.

Entschuldigt fehlen:

Herr Jan Diekmann, Herr Jan-Hendrik Deharde und Herr Manfred Hartwig

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Frau Bürgermeisterin Klömmer, Herr Büroleiter Hasse sowie Frau Biere als Protokollführerin.

Gäste:

Es nehmen einige Gäste teil.

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit

Um 19.30 Uhr eröffnet Herr Teegen als 1. Stellvertretender Bürgervorsteher die heutige Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Herr Teegen stellt fest, dass die Einladung fristgerecht zugegangen und die Stadtvertretung beschlussfähig ist. Zu der Tonaufzeichnung der Sitzung gibt es keine Einwendungen durch die Anwesenden.

2. Verpflichtung eines Mitgliedes der Stadtvertretung

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung wird um diesen Punkt erweitert. Die folgenden Tagesordnungsordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Herr Stadtvertreter Stefan Runge ist mit Wirkung zum 01.06.2019 zurückgetreten. Nachrückende Person für Herrn Runge ist Herr Jacob Peters, der der Stadt Tönning seine Annahmeerklärung am 06.06.2019 überreicht hat. Herr Teegen begrüßt Herrn Peters als neuen Stadtvertretung. Er verpflichtet ihn per Handschlag auf seinen Dienst für die Stadt Tönning und führt ihn in das Amt ein.

3. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen

Herr Prielipp stellt den Antrag, TOP 13 (alt) Beratung und Beschlussfassung zum Medienentwicklungskonzept der Schulen zu streichen und diesen zunächst im Finanzausschuss zu beraten. In diesem Zusammenhang beantragt Herr Prielipp eine Sitzung des Finanzausschusses vor der finalen Haushaltsberatung.

Frau Klömmer erläutert, dass es sich hier zunächst um einen grundsätzlichen Beschluss zum Medienentwicklungskonzept der Schulen handelt und dadurch noch keine unmittelbare Finanzwirkung eintritt. Die finanziellen Aspekte sind, wie üblich, im weiteren Verlauf in den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen, die nach Beratung in den Fachausschüssen im Finanzausschuss münden, bevor die Stadtvertretung final beschließt. Des Weiteren wurde in den aktuellen Gesprächen mit den Schulen zur Haushaltsplanung 2020 thematisiert, dass bereits für 2019 Mittel für die Beschaffung digitaler Medien veranschlagt wurden, die vor dem Hintergrund der Entwicklung des Medienentwicklungskonzeptes bis dato nicht verausgabt wurden, aber nach dem Haushaltsrecht aktuell zur Verfügung stehen.

Beschluss: Die Stadtvertretung beschließt, den Tagesordnungspunkt 13 (alt) Beratung und Beschlussfassung zum Medienentwicklungskonzept der Schulen zu streichen und diesen zunächst im Finanzausschuss -vor der finalen Haushaltsberatung- zu beraten.

Abstimmungsergebnis: 7 Stimmen dafür, 6 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung.

Der TOP Regionalbudget der AktivRegion Südliches Nordfriesland soll in der Tagesordnung ergänzt werden (TOP 14, neu).

Auf Vorschlag der Verwaltung sollen die Tagesordnungspunkte 19, 20, und 21 der nun vorliegenden Tagesordnung in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden. Zudem soll die vorliegende Tagesordnung um einige Tagesordnungspunkte des Nichtöffentlichen Teils der gestrigen Hauptausschuss-Sitzung erweitert werden, die dort aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden konnten (TOP 22 und 23).

Beschluss: Die Stadtvertretung beschließt, die Tagesordnungspunkte 19, 20 und 21 sowie 22 und 23 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Somit ergibt sich folgende Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden sowie Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Verpflichtung eines Mitgliedes der Stadtvertretung

3. Beschluss über die Festlegung der Tagesordnungspunkte, die in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden sollen
4. Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung der Stadtvertretung in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden
5. Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 25.06.2019, Nr.3/2019
6. Einwohnerfragestunde
7. Bericht der Bürgermeisterin / der Verwaltung
8. Wahlen zur Nachbesetzung der Ausschüsse
9. Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 33 – Flächen für Seniorenwohnanlage, Medizinische Versorgung und Wohnbebauung für das Gebiet - des ehemaligen Krankenhausgeländes an der Selckstraße - südlich der Kfz-Werkstatt in der Selckstraße, nördlich der Flächen der ehemaligen Landratsvilla und der ehemaligen Rettungswache (DRK) in der Selckstraße, westlich der rückwertigen Grundstücke zur Johann-Adolf-Straße, östlich der Selckstraße welches die Flurstücke 141, 42/13, 45/8, und 49/6 der Flur 19 sowie 53, 52, 7/3, 35/9 und 7/1 der Flur 20 sowie 142/2, 143/2, 145/3, 270/145 und 150/3 der Flur 21 (Gemarkung Tönning) umfasst
10. Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der 3. Runde der Umgebungslärmrichtlinie in Schleswig-Holstein – Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt Tönning
11. Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr.14 der Stadt Tönning – Aufstellungsbeschluss
12. Beratung und Beschlussfassung zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 20 der Stadt Tönning für das Gebiet der Eider-Treene-Schule - Badallee, begrenzt durch die Badallee, Wolliner Straße, Bansiner Weg, Rieper Sielzug sowie die Eisenbahnlinie Tönning / St. Peter-Ording - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
13. Beratung und Beschlussfassung zum Planungsstand des Raumkonzeptes der Eider-Treene-Schule in Tönning
14. Regionalbudget der AktivRegion Südliches Nordfriesland
15. Anregungen und Beschwerden
16. Anfragen
17. Aktuelle Fragestunde
18. Anträge und Eingaben

Nichtöffentlicher Teil:

19. Vertragsangelegenheiten/Rechtsangelegenheiten
 20. Grundstücksangelegenheiten
 21. Stundung/Erlass
 22. Personalangelegenheiten
 23. Beratung und Beschlussfassung zur Namensgebung für das Sport-Stadion Friedrichstädter Chaussee
4. **Bekanntgabe der Beschlüsse, die in der letzten Sitzung der Stadtvertretung im nicht-öffentlichen Sitzung gefasst wurden**

In der Stadtvertreterversammlung am 25.06.2019 wurden im nichtöffentlichen Teil ein Beschluss unter TOP Breitbandausbau und ein Beschluss unter TOP Vertragsangelegenheiten gefasst. Die Inhalte der Beschlussfassungen bleiben aus Datenschutzgründen nichtöffentlich.

5. Einwendungen zur Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 25.06.2019, Nr. 3/2019

Es ergeben sich keine Einwendungen gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtvertretung vom 25.06.2019; sie gilt somit als genehmigt. Frau Ebsen stört sich grundsätzlich an dem Wortlaut „Es ergeben sich keine Wortmeldungen“ und bittet darum, aufzuführen, dass in den Fachausschüssen ausführlich diskutiert wurde. Die Verwaltung erläutert, dass grundsätzlich nur das protokolliert werden könne, was in der Sitzung gesprochen worden sei; ergänzende Querverweise auf andere Sitzungen und Protokolle könne die Verwaltung nicht ohne entsprechenden Hinweis oder Bezug aufnehmen.

6. Einwohnerfragestunde

Es ergeben sich keine Fragen.

7. Bericht der Bürgermeisterin / der Verwaltung

Zunächst erinnert Frau Klömmer an den Bürgerpreis der Stadt, der in guter Tradition im Rahmen des Neujahrsempfanges verliehen werden soll und bittet darum, in der Bevölkerung für die Einreichung von Vorschlägen für den Bürgerpreis 2019 zu werben. Die Presse wird entsprechend informiert, die bestehende Arbeitsgruppe wird die Einsendungen sichten und der Hauptausschuss in seiner Sitzung am 26.11.2019 final über die Verleihung beschließen.

Im Weiteren verweist Frau Klömmer auf ihre Ausführungen in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses. Sie berichtet über die aktuelle Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages sowie die Bürgermeisterdienstversammlung und die dort behandelten Themen KITA-Reform, Kommunales Finanzausgleichsgesetz, Kürzung der Mittel für die Flüchtlingsintegration sowie Wohnungsmarktanalyse und ÖPNV/Rufbus.

8. Wahlen zur Nachbesetzung der Ausschüsse

a.) Herr Stefan Runge hat mit Wirkung vom 01.06.2019 sein Mandat als Stadtvertreter zurückgegeben. Daher sind Nachwahlen für verschiedene Ausschüsse erforderlich. Das Vorschlagsrecht liegt jeweils bei der SPD-Fraktion.

1) Hauptausschuss: Mitglied

Die SPD-Fraktion schlägt Jacob Peters als Mitglied für den Hauptausschuss vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jacob Peters als Mitglied in den Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

2) Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss: Mitglied

Die SPD-Fraktion schlägt Jacob Peters als Mitglied für den Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jacob Peters als Mitglied in den Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Weiter soll ein Wechsel zwischen Maik Peters (bisher ordentliches Mitglied im BVUK-A) und Sascha Halupka (bisher stellvertretendes Mitglied BVUK-A) stattfinden, so dass nunmehr Herr Halupka ordentliches Mitglied und Herr Maik Peters stellvertretendes Mitglied im Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss wird.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt dem Wechsel zwischen Maik Peters (bisher ordentliches Mitglied im BVUK-A) und Sascha Halupka (bisher stellvertretendes Mitglied BVUK-A) zu, so dass nunmehr Herr Halupka ordentliches Mitglied und Herr Maik Peters stellvertretendes Mitglied im Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss ist.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

3) Ortsbeirat Kating: Mitglied

Die SPD-Fraktion schlägt Jacob Peters als Mitglied für den Ortsbeirat Kating vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jacob Peters als Mitglied in den Ortsbeirat Kating.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

4) Finanzausschuss: stellvertretendes Mitglied

Die SPD-Fraktion schlägt Jacob Peters als stellvertretendes Mitglied für den Finanzausschuss vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jacob Peters als stellvertretendes Mitglied in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

5) Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss: stellvertretendes Mitglied

Die SPD-Fraktion schlägt Susanne Dethloff als stellvertretendes Mitglied für den Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Susanne Dethloff als stellvertretendes Mitglied in den Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

6) Tourismus- und Wirtschaftsausschuss: stellvertretendes Mitglied

Die SPD-Fraktion schlägt Herbert Schulz als stellvertretendes Mitglied für den Tourismus- und Wirtschaftsausschuss vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Herbert Schulz als stellvertretendes Mitglied in den Tourismus- und Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

7) Städtebund Schleswig-Holstein: Delegierte*r Mitgliederversammlung

Die SPD-Fraktion schlägt Jacob Peters als Delegierte*n für die Mitgliederversammlung des Städtebundes Schleswig-Holstein vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jacob Peters als Delegierte*n für die Mitgliederversammlung des Städtebundes Schleswig-Holstein.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

8) Gerdt-Cornils-Davids-Stiftung: Vorstand

Die SPD-Fraktion schlägt Jan Diekmann als Mitglied für den Vorstand der Gerdt-Cornils-Davids-Stiftung vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jan Diekmann als Mitglied in den Vorstand der Gerdt-Cornils-Davids-Stiftung.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

9) Gerdt-Cornils-Davids-Kirchenstiftung: Vorstand

Die SPD-Fraktion schlägt Jacob Peters als Mitglied für den Vorstand der Gerdt-Cornils-Davids-Kirchenstiftung vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jacob Peters als Mitglied in den Vorstand der Gerdt-Cornils-Davids-Kirchenstiftung.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

10) Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss: Ausschussvorsitz

Herr Runge war Vorsitzender des Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschusses. Die SPD-Fraktion schlägt Jacob Peters als Vorsitzenden für den Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschuss vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jacob Peters zum Vorsitzenden des Bau-, Verkehrs-, Umwelt- und Kleingartenausschusses.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

b) Frau Brigitte Frei, bürgerliches Mitglied, ist am 24.06.2019 verstorben. Daher sind Nachwahlen für verschiedene Ausschüsse erforderlich. Das Vorschlagsrecht liegt jeweils bei der CDU-Fraktion. Die Namen werden in der Sitzung durch die CDU-Fraktion benannt.

1) Finanzausschuss: stellv. Mitglied

Die CDU-Fraktion schlägt Bianca Peters als stellvertretendes Mitglied für den Finanzausschuss vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Bianca Peters als stellvertretendes Mitglied in den Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

2) Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss: Mitglied

Die CDU-Fraktion schlägt Helge Prielipp als Mitglied für den Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss vor (bisher stellvertretendes Mitglied).

Als neues stellvertretendes Mitglied wird Bianca Peters vorgeschlagen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Helge Prielipp als Mitglied in den Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Bianca Peters als stellvertretendes Mitglied in den Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

3) Tourismus- und Wirtschaftsausschuss: Mitglied sowie stellvertretendes Mitglied

Das bisherige Mitglied Helge Prielipp tritt von seinem Sitz als ordentliches Mitglied im Tourismus- und Wirtschaftsausschuss zurück. An seiner Stelle wird als neues Mitglied Bianca Peters vorgeschlagen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Bianca Peters als Mitglied in den Tourismus- und Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Die CDU-Fraktion schlägt Helge Prielipp als stellvertretendes Mitglied für den Tourismus- und Wirtschaftsausschuss vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Helge Prielipp als stellvertretendes Mitglied in den Tourismus- und Wirtschaftsausschuss.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

4) Paul-Gerhardt-Haus: Kuratorium

Die CDU-Fraktion schlägt Peter Tetzlaff als Kuratoriums-Mitglied des Paul-Gerhardt-Hauses vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Peter Tetzlaff als Mitglied in das Kuratorium des Paul-Gerhardt-Hauses.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

5) Sozialstation: Kuratorium

Die CDU-Fraktion schlägt Hans-Joachim Teegen als Kuratoriums-Mitglied der Sozialstation vor

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Hans-Joachim Teegen als Mitglied in das Kuratorium der Sozialstation.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

6) Städtische Kita: Beirat

Die CDU-Fraktion schlägt Bianca Peters als Beirats-Mitglied der Städtischen Kita vor

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Bianca Peters als Mitglied in den Beirat der Städtischen Kita.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

7) Maria-Christina-Römer-Stiftung: Vorstand

Die CDU-Fraktion schlägt Jörg Rombach-Domeyer als Vorstandsmitglied für die Maria-Christina-Römer-Stiftung vor.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Jörg Rombach-Domeyer als Vorstandsmitglied für die Maria-Christina-Römer-Stiftung.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Auf Wunsch der SPD-Fraktion soll Sascha Halupka neuer Vertreter für den ADS-Kindergartenbeirat sowie den Kindergartenbeirat des dänischen Kindergartens werden und damit in beiden Beiräten Jan-Hendrik Deharde ablösen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung wählt Sascha Halupka als Vertreter für den ADS-Kindergartenbeirat sowie den Kindergartenbeirat des dänischen Kindergartens.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

9. Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 33 – Flächen für Seniorenwohnanlage, Medizinische Versorgung und Wohnbebauung für das Gebiet - des ehemaligen Krankenhausgeländes an der Selckstraße - südlich der Kfz-Werkstatt in der Selckstraße, nördlich der Flächen der ehemaligen Landratsvilla und der ehemaligen Rettungswache (DRK)

in der Selckstraße, westlich der rückwertigen Grundstücke zur Johann-Adolf-Straße, östlich der Selckstraße welches die Flurstücke 141, 42/13, 45/8, und 49/6 der Flur 19 sowie 53, 52, 7/3, 35/9 und 7/1 der Flur 20 sowie 142/2, 143/2, 145/3, 270/145 und 150/3 der Flur 21 (Gemarkung Tönning) umfasst

Die Fläche des ehemaligen Krankenhauses wird derzeit u.a. vom Klinikum Nordfriesland als MVZ genutzt. Im Rahmen der aktuellen Beratungen wurde die Umnutzung und Bebauung mit Gebäuden für eine Seniorenwohnanlage, medizinische Versorgungseinheiten, Wohnbebauung und kleinere gewerbliche Einheiten vom Vorhabenträger vorgestellt. Es wird ein einheitlicher vorhabenbezogener Bebauungsplan für die Planungen des Vorhabenträgers (vertreten durch Herr Kretschmann) für die Seniorenwohnanlage, die Wohnbebauung und die zugehörigen untergeordneten Gewerbeflächen und für das Klinikum Nordfriesland für den Bereich der medizinischen Versorgung aufgestellt. Es handelt sich um einen B-Plan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB bei dem der Flächennutzungsplan im Verfahren berichtigt wird. Mit dem Vorhabenträger ist gem. § 12 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 10 Abs. 1 BauGB vor Satzungsbeschluss ein städtebaulicher Vertrag (Durchführungsvertrag) nach § 11 BauGB abzuschließen. Dieser städtebauliche Vertrag wird nach der Einleitung des Bauleitverfahrens (Aufstellungsbeschluss) mit dem Vorhabenträger abgeschlossen.

Das geplante Vorhaben wurde von Seiten des Vorhabenträgers und der Planungsbüros im Bauausschuss vorgestellt.

Herr Hasse stellt die Planungen mithilfe von Lageplänen nochmals vor – auch um die Öffentlichkeit entsprechend zu informieren. Der Projektplan sieht vor, mit dem Bau des Seniorenwohnheims (90 Plätze in Einzelzimmern) zu beginnen. Daher erfolgt zunächst der Abriss des Schwesternwohnheimes sowie des OP-Traktes. Der Bau des RGZ soll sich anschließen, bevor abschließend die weiteren Gebäude entstehen. Die zu mietenden und zu kaufenden Wohneinheiten haben Größen von ca. 50 bis 90 Quadratmetern, sind barrierearm und teilweise mit Service buchbar. Entstehen sollen auch einige kleine Stadthäuser mit Reihenhaus-Charakter.

Einige Stadtvertreter sind unsicher, ob die genannten Planungen seitens des Kreises sowie des Investors tatsächlich in der genannten Form zur Umsetzung kommen. Insgesamt ist man jedoch aufgrund der aktuellen Aussagen und Gespräche, der Investitionsbeschlüsse des Kreistages, den Presseerklärungen sowie den vermehrten Interessentenanfragen zuversichtlich und geht von einer Verbindlichkeit der Planungen und Vorhaben aus, so dass die Anbahnung einer Garantieerklärung seitens des Kreises nicht für erforderlich erachtet wird. Herr Prielipp betont das Vertrauen in den Investor sowie den „Gewinn“ für Tönning.

Frau Ebsen beantragt, den Beschluss dahingehend zu erweitern, in die Planungsziele mit aufzunehmen, dass die entstehenden Wohnungen lediglich als Erstwohnsitz und nicht als Ferienwohnungen genutzt werden dürfen. Herr Knüppel teilt die Sorge über die mögliche Entstehung von Ferienwohnungen und fragt konkret nach der Anbindung zum Marktplatz. Diese wird in verschiedenen Varianten diskutiert, so Frau Klömmer. Herr J. Peters bittet darum, diese Wege unbedingt rollstuhlgerecht vorzusehen und frühzeitig mit Eigentümern der Grundstücksflächen zu sprechen. Herr Rombach-Domeyer bittet darum, den Erwerb des ehemaligen EDEKA-Gebäudes durch die Stadt erneut zu prüfen, um so die Zuwegung zum Marktplatz sicherzustellen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung fasst folgenden Beschluss:

1. Für das Gebiet - des ehemaligen Krankenhausgeländes an der Selckstraße - südlich der Kfz-Werkstatt in der Selckstraße, nördlich der Flächen der ehemaligen Landratsvilla und der ehemaligen Rettungswache (DRK) in der Selckstraße, westlich der rückwertigen Grundstücke zur Johann-Adolf-Straße, östlich der Selckstraße welches die Flurstücke 141, 42/13, 45/8, und 49/6 der Flur 19 sowie 53, 52, 7/3, 35/9 und 7/1 der Flur 20 sowie 142/2, 143/2, 145/3, 270/145 und 150/3 der Flur 21 (Gemarkung Tönning) umfasst und in dem anliegenden Lageplan gekennzeichnet ist, wird der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 33 zur Innenentwicklung im Sinne des § 13 a BauGB aufgestellt.
Es werden folgende Planungsziele verfolgt: Der Bereich soll als Flächen für Seniorenwohnanlagen, medizinische Versorgung und Wohnbebauung ausgewiesen werden.
2. Ferienwohnungen sollen nicht zugelassen werden.
3. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).
4. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden soll das Planungsbüro Hermann Dirks in Heide beauftragt werden.
5. Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger der öffentlichen Belange und die Aufforderung zur Äußerung, auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (§ 4 Abs. 1 BauGB), soll schriftlich erfolgen.
6. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll wie folgt durchgeführt werden: In Form einer öffentlichen Bürgerbeteiligungs- und Informationsveranstaltung.

Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Stimmenthaltung.

Aufgrund des § 22 der Gemeindeordnung (GO) waren keine Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

10. Beratung und Beschlussfassung über die Umsetzung der 3. Runde der Umgebungslärmrichtlinie in Schleswig-Holstein – Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss zur Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt Tönning

Mit der Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG hat die Europäische Union ein Konzept vorgegeben, Lärmauswirkungen zu erfassen und ihnen entgegen zu wirken. Die wesentlichen Aufgaben sind die Erhebung der Belastung durch strategische Lärmkarten und deren Bewertung und die Aufstellung von Aktionsplänen zur Vermeidung oder Verminderung von Belastungen soweit erforderlich.

Die Lärmkartierung und Aktionsplanung der 1. und der 2. Stufe sind abgeschlossen. Die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes der 3. Stufe steht aktuell an. Zuständig für die genannten Aufgaben auf Grund des § 47 e Bundes-Immissionsschutzgesetz sind die Gemeinden.

Der Lärmaktionsplan ist ähnlich wie ein Bebauungsplan aufzustellen, öffentlich auszulegen und abschließend zu beschließen. Mit der Fortschreibung der Planung wurde die Firma Lärmkontor GmbH aus Hamburg beauftragt. Ein entsprechender Entwurf wurde in der Sitzung des Bauausschusses am 16.09.2019 durch die beauftragte Firma erläutert.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde mehrfach ausführlich diskutiert, so dass sich keine weiteren Wortmeldungen bzw. Rückfragen ergeben.

Beschluss:

Die Stadtvertretung fasst folgenden Beschluss:

1. Für das Gebiet der Stadt Tönning wird die Fortschreibung des Lärmaktionsplans der Stadt Tönning gemäß § 47d Bundes-Immissionsschutzgesetz zur Umsetzung der dritten Runde der Umgebungslärmrichtlinie aufgestellt.
2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.
3. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs sowie mit der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird die Firma Lärmkontor GmbH, Hamburg, beauftragt.
4. Der Entwurf der Fortschreibung des Lärmaktionsplans wird in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
5. Der Entwurf des Lärmaktionsplans wird öffentlich ausgelegt und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung benachrichtigt.

Abstimmungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 2 Stimmenthaltungen.

Aufgrund des § 22 der Gemeindeordnung (GO) waren keine Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11. Beratung und Beschlussfassung über die Aufstellung der 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr.14 der Stadt Tönning – Aufstellungsbeschluss

Der Antragsteller plant auf dem Grundstück 10/7 (ursprünglich Flurstück 10/4) Flur 5 die Errichtung eines Wohngebäudes. Das gewünschte Baugrundstück befindet sich im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr.14 der Stadt Tönning ist dort als private Grünfläche, Parkanlage ausgewiesen, so dass es zur Umsetzung des Vorhabens einer Änderung des Bebauungsplanes Nr.14 bedarf. Zum Zwecke der Wohnbebauung ist es notwendig den Geltungsbereich der geplanten Änderung zukünftig, wie auf den anliegenden Wohngebietsflächen, als „Allgemeines Wohngebiet“ auszuweisen. Es ist vorgesehen, die weiteren Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 14 sowie die gültigen Änderungen in die geplante Änderung aufzunehmen. Als Bebauungsplan der Innenentwicklung kann die Änderung nach § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren aufgestellt werden.

Da dieser Tagesordnungspunkt bereits mehrfach ausgiebig diskutiert wurde, besteht kein weiterer Beratungs- und Diskussionsbedarf.

Beschluss:

Die Stadtvertretung fasst folgenden Beschluss:

1. Für den Bebauungsplan Nr. 14 für das Gebiet nördlich der Badallee, östlich des Schlagbaumweges, südlich des Rieper Sielstromes und westlich der vorhandenen Bebauung wird die 6. Änderung des Bebauungsplans aufgestellt.
Es werden folgende Planungsziele verfolgt: Die auf dem Flurstück 10/7 (ursprünglich Flurstück 10/4), Flur 5 dargestellte Nutzung als private Grünfläche, Parkanlage soll zukünftig zum Zwecke der Wohnbebauung als „Allgemeines Wohngebiet“ ausgewiesen werden, um so die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung eines Wohngebäudes zu schaffen.

2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§2 Abs..1Satz 2 BauGB).
3. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beteiligung der Öffentlichkeit, der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden soll das Planungsbüro Jappsen I Todt I Bahnsen beauftragt werden.
4. Die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr.14 wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB durchgeführt. Von einer frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit mit der Erörterung der allgemeinen Ziele und Zweck der Planung nach § 3 Abs. 1 BauGB wird abgesehen. Von der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden nach § 4 Abs. 1 BauGB sowie der Durchführung der Umweltprüfung wird abgesehen.
5. Alle im Zusammenhang mit der Planung erforderlichen und entstehenden Kosten gehen zu Lasten des Antragstellers.
Die Kosten für die Verlegung/Umwandlung der Ausgleichsflächen sowie der Erhöhung der bebaubaren Fläche gehen zu Lasten des Antragstellers.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Aufgrund des § 22 der Gemeindeordnung (GO) waren keine Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

12. Beratung und Beschlussfassung zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 20 der Stadt Tönning für das Gebiet der Eider-Treene-Schule - Badallee, begrenzt durch die Badallee, Wolliner Straße, Bansiner Weg, Rieper Sielzug sowie die Eisenbahnlinie Tönning / St. Peter-Ording - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 20 der Stadt Tönning für das Gebiet der Eider-Treene-Schule – Badallee, begrenzt durch die Badallee, Wolliner Straße, Bansiner Weg, Rieper Sielzug sowie die Eisenbahnlinie Tönning / St. Peter-Ording lag in der Zeit vom 23.03.2019 bis 24.04.2019 sowie erneut vom 22.08.2019 bis 05.09.2019 im Rathaus der Stadt Tönning aus.

Jedoch ist bei der Bereitstellung der Planunterlagen für die öffentliche Auslegung ein formeller Fehler bezüglich der gesetzlichen Anforderungen unterlaufen. Daher muss die öffentliche Auslegung erneut wiederholt werden, um die Rechtssicherheit der Bebauungsplanänderung zu gewährleisten. Inhaltliche Änderungen zum Beschluss aus der letzten Stadtvertretung haben sich nicht ergeben, somit wird nicht erneut das Wort gewünscht.

Beschluss:

Die Stadtvertretung fasst folgenden Beschluss:

1. Der Entwurf der 2. Änderung des B-Plans Nr. 20 für das Gebiet der Eider-Treene-Schule – Badallee, begrenzt durch die Badallee, Wolliner Straße, Bansiner Weg, Rieper Sielzug sowie die Eisenbahnlinie Tönning / St. Peter-Ording, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie den textlichen Festsetzungen (Teil B), sowie die Begründung werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
2. Der Entwurf des Planes und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die Auslegung zu benachrichtigen. Zusätzlich sind der Inhalt der Be-

kanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Aufgrund des § 22 der Gemeindeordnung (GO) waren keine Stadtvertreterinnen/Stadtvertreter von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

13. Beratung und Beschlussfassung zum Planungsstand des Raumkonzeptes der Eider-Treene-Schule in Tönning

In der letzten Sitzung des Schul-, Sport-, Sozial- und Kulturausschusses wurde der Planungsstand des Raumkonzeptes der ETS vorgestellt. Dieser hat sich nach anschließender Präsentation im Bauausschuss und der Abstimmung mit der Schule weiterentwickelt. Für alle im Fachausschuss nicht anwesenden Stadtvertreter sowie Bürgerinnen und Bürger zeigt Herr Hasse nochmals die aktuellen Raumpläne des Erd- sowie Obergeschosses und erläutert Einzelheiten des Planungsstandes. Durch die vorgegebene Kubatur auf dem Grundstück der ehemaligen „Eiderente“ wurden Räume vergrößert und die Raumanzahl verringert, um dies in das pädagogische Konzept einzubauen.

Frau Ebsen war bei der Besichtigung der aktuellen Räumlichkeiten dabei und betont die Abgängigkeit der aktuell genutzten Container. Die AWT hofft weiter auf die Gewährung von Fördermittel für den umfänglichen Umbau sieht jedoch auch die Investitionsbedarfe bei KITA und Feuerwehr. Herr Busch kritisiert den Umfang der Umbaupläne; eine Verpflichtung dazu bestehe nicht. Zudem gibt er die fehlende Attraktivität durch die beschränkte Zahl der Oberstufenprofile sowie die geringen Schülerzahlen der Oberstufe zu bedenken. Herr Knüppel begrüßt das Gesamtvorhaben als Investition in die Zukunft der Schülerinnen und Schüler. Herr Halupka betont das künftig größerer Lehrerzimmer sowie entsprechende Arbeitsräume für Sekretariat und EDV als Argument für die Attraktivität der Arbeitsplätze.

Beschluss:

Die Stadtvertretung fasst folgenden Beschluss:

Die Stadt Tönning stimmt dem als Anlage zum Originalprotokoll genommenen Raumprogramm zur Weiterführung der Planung zu.

Abstimmungsergebnis: 13 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

14. Regionalbudget der AktivRegion Südliches Nordfriesland

Der AktivRegion Südliches Nordfriesland stehen für die Jahre 2020, 2021 und 2022 je 200.000,- Euro Fördermittel als Regionalbudget zur Verfügung. Über dieses Programm können Kleinprojekte bis 20.000,- Euro Maßnahmensumme gefördert werden. Die Projekte werden durch ein Entscheidungsgremium ausgewählt.

Für das Regionalbudget ist ein Eigenanteil von 10% durch die öffentlichen Mittel der AktivRegion beizusteuern. Dieser Anteil wird nach dem Bevölkerungsschlüssel berechnet. Für die Stadt Tönning sind von den 20.000,- Euro öffentlicher Mittel, ein Betrag von 1.520,52 Euro/jährlich aufzubringen. Dieser Beitrag würde im Rahmen der Haushaltsplanung 2020, 2021 und 2022 mit aufgenommen.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stimmt der Einführung und der Mitfinanzierung des Regionalbudgets von 200.000,- Euro/jährlich der AktivRegion Südliches Nordfriesland über einen Zeitraum von drei Jahren zu. Der Finanzierungsanteil der Stadt Tönning an den öffentlichen Mittel in Höhe von rund 1.600,- Euro/jährlich wird im Rahmen der Haushaltsplanungen 2020, 2021 und 2022 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Stimmenthaltungen.

Die Sitzung wird durch eine Pause von 21:03 bis 21:13 Uhr unterbrochen.

15. Anregungen und Beschwerden

Es wurden keine Anregungen und Beschwerden eingereicht.

16. Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

17. Aktuelle Fragestunde

Herr Busch fragt nach aktuellen Anmeldezahlen für die 11. Klasse der Oberstufe an der ETS Tönning. Diese wird die Verwaltung zeitnah liefern.

Herr Knüppel bittet darum, die Ladeinfrastruktur für Elektro-Autos bei neuen Wohn- und Gewerbegebieten zu berücksichtigen. Frau Klömmel dankt für diese Einlassung und sichert zu, diese bei der Planung und Erschließung neuer Baugebiete zu bedenken.

Im Gewerbegebiet West vermissen laut Herrn Busch v.a. Fahrradfahrer Straßenbeleuchtung. Entsprechende Haushaltsmittel sind eingestellt. Der Verzug der Umsetzung ist durch den personellen Engpass im Bauamt begründet.

Herr Teegen weist darauf hin, dass Herr Knüppel heute letztmalig in seiner Funktion als Stadtvertreter an einer Sitzung der Stadtvertretung teilnimmt bevor er nach Dänemark umzieht. Schon heute dankt man Herrn Knüppel für sein Engagement als Stadtvertreter. Herr Knüppel bedankt sich seinerseits und wird seinen Rücktritt in den kommenden Tagen offiziell erklären.

Frau Ebsen mahnt die fehlenden Straßenlaternen in der Verlängerung der Lehnsmann-Siercks-Straße Richtung Olversum an. Diese Angelegenheit ist der Verwaltung bekannt, das Bauamt ist beauftragt. Frau Ebsen regt zudem an, erneut über das Thema Mitfahrbänke zu beraten, da sie von der Attraktivität überzeugt ist. Die Verwaltung erwägt, die für das Thema Mobilität (auch Rufbus, etc.) zuständigen Mitarbeiterinnen des Amtes Eiderstedt eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses einzuladen.

Herr M. Peters lobt die schnelle Umsetzung der Halteverbotszonen in der Herzog-Philipp-Allee sowie den Imagefilm zur Vermarktung des neuen Gewerbegebietes. Die Zufahrt zum Gebiet sollte nun geöffnet werden.

18. Anträge und Eingaben

Es liegen keine Anträge und Eingaben vor.

Der öffentliche Teil der Sitzung endet um 21.26 Uhr.